

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 3. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 18. Mai 2026
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:40 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im digitalen Amtsblatt (<https://e-publikation.ch>) und auf der Website der Stadt Burgdorf (www.burgdorf.ch) bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmende:

Stadtratspräsident Adrian Merz

Stimmenzähler Marcel Suter, Jürg Grimm

Mitglieder des Stadtrates Urs Wüthrich, Gabriela Bannwart, Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Tanja Blume, Marc Bracher, Hermann Dür, Raffael Fluri, Yves Greisler, Jürg Grimm, Pascal Hebeisen, Martin Hohl, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Shana Kuster, Jonas Lauwiner, Esther Liechti-Lanz, Barbara Lüthi-Kohler, Debra Marti, Franziska Maurer Roschi, Manfred Schaffer, Philipp Schärf, Johanna Schlegel, Jeannine Seiler Keller, Marcel Suter, Beryll Veraguth, Anette Vogt, Jonas von Allmen, Claudia von Känel, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Beat Neuenchwander, Samuel Knüsel, Waltraud Achtermann Wangler, Tobias Vogel, Kristina Shafigina

Entschuldigt Claudia Fankhauser, Christian Hedinger

Stadtpräsident Stefan Berger

Mitglieder des Gemeinderates Theophil Bucher, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Peter von Arb, Elias Maier, Michael Ritter

Entschuldigt -

Stadtschreiber	Stefan Ghioldi
Auskunftsperson	Rudolf Holzer, Leiter Baudirektion
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 23.3.2026	3
- Informationen des Stadtratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Antrag Provisorium Neumatt	4
- Sanierung Hallenboden und Lüftung Sporthalle Lindenfeld	14
- Kreditantrag Hochwasserschutzprojekt kleine Emme	18
- Ausführungsprojekt Sanierung und Umgestaltung Neumattstrasse	19
- Auftrag SP-Fraktion betreffend Entsorgungsboxen für Pizzakartons an neuralgischen Punkten in Burgdorf	21
- Auftrag SP-Fraktion betreffend Aufbau eines digitalen Sport-Finders für Burgdorf	22
- Auftrag SVP-EDU-Fraktion betreffend Sport stärken – Burgdorf stärken: Aktualisierung des Sportleitbilds	23
- Auftrag Jonas Lauwiner, König JL im Dienst für die Burgdorfer, betreffend Aufhebung Pissoirverzicht in Toiletten von Schulhausneubauten und -umbauten	24
- Interpellation Grüne-Fraktion betreffend gleichberechtigte Sichtbarkeit von Frauen im Burgdorfer Strassenbild	26
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	27

Appell

Der durch den Stimmenzähler Suter Marcel durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 38 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2026-980 | Registratur-Nr. 1.7.1

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 23.3.2026

Verhandlung

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 35 Ja Stimmen bei 3 Enthaltungen das Protokoll der Stadtratssitzung vom 23. März 2026.

SRB: 2026-981 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident Merz Adrian begrüsst die Anwesenden zur dritten Sitzung im Jahr 2026. Im Speziellen begrüsst er als neue Mitglieder im SR Shafigina Kristina und Vogel Tobias und wünscht ihnen viel Freude im Amt.

Der Vorsitzende informiert, dass er am Empfang, der vom Gemeinderat (GR) organisiert wurde, der Schweizer Meisterinnen der Wizards Bern Burgdorf im Schloss Burgdorf teilgenommen hat. Es war ein sehr erfreulicher Anlass und sie dürfen gerne noch mehr Schweizer Meisterinnen werden. Der Vorsitzende macht zudem ein paar organisatorische Hinweise. Es gibt drei Mikrofone, je eines pro Block im SR. Diese sollen jeweils innerhalb des Blockes weitergegeben werden, damit nicht plötzlich ein Block ohne Mikrofon dasteht. Zudem sollen die Mikrofone nicht ausgeschaltet werden. Die Parteienfinanzierung für das Jahr 2025 wurde noch nicht von allen Parteien mitgeteilt. Alle Parteien müssen ihre Finanzierung offenlegen. Die Parteien, welche die Finanzierung noch nicht gemeldet haben, sollen dies rasch nachholen. Die zweite Lesung des Klimareglements erfolgt nicht an der heutigen Sitzung, diese erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Der GR wird noch darüber informieren. Ende Juni erfolgt ein Update beim Webclient Sitzungen, dem online Tool und es wird einige Anpassungen geben. Zum Beispiel werden die Wortbegehren mit dem Datums- und Zeitstempel versehen. Es wird dazu eine online Schulung geben am Mittwoch, 12. August 2026 um 17.00 Uhr. Die Schulung wird

aufgezeichnet und auf der Website der Stadt Burgdorf aufgeschaltet. An der nächsten Stadtratssitzung vom 22. Juni 2026 werden unter anderem die Stellungnahmen und Abschreibungsanträge zu den noch hängigen Vorstössen und Aufträgen traktandiert. Die Unterlagen dazu sind bereits im online Tool aufgeschaltet. Es sind ziemlich umfangreiche Unterlagen. Die restlichen Traktanden werden gemäss Terminplan am 9. Juni 2026 aufgeschaltet.

SRB: 2026-982 | Registratur-Nr. 1.7.1
Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass die zweite Lesung des Klimareglements aus Ressourcen Gründen nicht für die heutige Sitzung aufbereitet werden konnte. Sie folgt so bald als möglich.

SRB: 2026-983 | Registratur-Nr. 2.3.1
Antrag Provisorium Neumatt

Verhandlung

Stadtratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass ein schwieriges und komplexes Geschäft vorliegt, das eine grosse Eigendynamik angenommen hat, wie man bei der Beantwortung der Fragen im online Tool sehen konnte. Aufgrund der verkürzten Arbeitswoche ist die Beantwortung der Fragen unter erschwerten Bedingungen geschehen. Die korrekte Zusammenstellung der Zahlen liegt nun vor. Dieses Dokument wurde heute Mittag in online Tool aufgeschaltet. Es ist bekannt, dass das Provisorium Neumatt eine hohe Dringlichkeit hat. Es ist ein wichtiges Geschäft. Es ist dem GR ein Grundanliegen, dass dieses Geschäft schnell realisiert werden kann und der Schulraum der Schule im Sommer 2027 zur Verfügung steht. Eigentlich wäre dieser Schulraum bereits in diesem Jahr nötig gewesen. Aufgrund der Fristen hat man bereits im Spätherbst gemerkt, dass es Sommer 2027 wird. Für den GR ist es wichtig, dass man ein Geschäft hat mit einem vernünftigen Preis und es in der nötigen Frist realisierbar ist. Deshalb hat sich der GR dazu entschieden, wohl eine überraschende Lösung vorzuschlagen, nämlich eine günstige Metallcontainervariante. Man wollte das Geschäft nicht überladen und gefährden sowie etwas für eine spätere Zukunft zu versprechen. Der GR ist sich bewusst, dass es nicht die ideale Lösung ist. Bereits in der Begleitgruppe Schulraumentwicklung sind Fragen gestellt worden zum Kauf oder der Miete, zum Metallcontainer und warum nicht Holzelemente oder Holzmodulbau. Es wurde klar, dass es ein Anliegen ist und breiter diskutiert werden muss. Man hat versprochen, die Unterlagen aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen. Die Diskussion in der GPK ging in die gleiche Richtung. Es ist auch ein Learning für den GR und die Verwaltung, dass man dem SR frühzeitig eine möglichst breite Variantenpalette vorlegt. Aufgrund der Diskussion im Herbst hat man sich für eine schlanke und einfache Lösung entschieden. Warum hat man sich für eine Fünfjahresfrist entschieden? Es ist wichtig zu wissen, dass man an einem Ort baut, an dem man gar nicht bauen darf. Es gilt ein Bauverbot. Man benötigt eine Sonderbewilligung aufgrund des Waldabstandes. Man weiss

heute nicht zu 100 Prozent, ob man die Bewilligung erhält. Man wird dies erst mit einem konkreten Gesuch, welches erst nach dem überwiesenen Antrag eingegeben werden kann, wissen. Man geht aber davon aus, dass man an diesem Standort eine Bewilligung für fünf Jahre erhält. Vielleicht ist auch eine längere Frist möglich, dass weiss man heute aber noch nicht. Die Wahrscheinlichkeit ist aber gross, dass man für fünf Jahre eine Lösung findet und für diese Zeit das dringende Schulraumproblem an diesem Ort lösen kann. Mit grosser Wahrscheinlichkeit, wie in der Vorlage beschrieben, wird die definitive Sanierung des Schulhauses nicht in fünf Jahren, sondern eher in zehn Jahren erfolgen. Das bedeutet, dass man in fünf Jahren erneut eine provisorische Lösung braucht. Damit beginnen die Schwierigkeiten. Man hätte vorgesehen, zu gegebener Zeit einen Antrag mit einer anderen sinnvollen Lösung vorzulegen. Wenn der SR der Meinung ist, dass man eine Lösung für länger als fünf Jahre braucht, also in einer Holzbauweise, muss er heute darüber entscheiden. Der SR muss sich heute für eine längere Nutzungsdauer entscheiden. Dabei kippt bei sechs Jahren, spätestens nach sieben Jahren, die Kauflösung zugunsten der Mietlösung. Der Kauf wird damit günstiger und die Miete teurer. Das wurde bereits in online Tool entsprechend beantwortet. Im online Tool wurden zudem Fragen zur Lebensdauer gestellt. Die Lebensdauer eines Metallcontainers beträgt 15 Jahre. Man könnte diesen auch verschieben und an einem anderen Standort benützen, jedoch nach 15 Jahre ist die Lebensdauer zu Ende. Ein Metallcontainer wird auch energietechnisch gar nicht mehr ohne Weiteres auf den neusten Stand gebracht werden können, so dass man diesen nach knapp zehn Jahren weiter nutzen kann. Solange man den Metallcontainer am gleichen Standort lässt, kann man ihn verwenden, wie er gebaut wurde, aber wenn man ihn verschieben würde, müsste man wieder eine Bewilligung für den neuen Standort einreichen. Der Metallcontainer sieht vier Klassenräume und die vorgeschriebene WC-Anlage vor, welche auch behindertengängig sein muss. Die Preisklasse ist eine andere als der Container, den man im Gsteig gebaut hat. Wenn der Metallcontainer noch an einem anderen Standort genutzt werden soll, ist von einer maximalen Nutzungsdauer von 15 Jahren auszugehen. Bei einer Holzvariante rechnet man mit einer anderen Lebensdauer, wie auch im online Tool beantwortet. Man spricht dabei von 40 bis 50 Jahren. Es wurde auch gefragt, wo eine entsprechende Holzbaulösung weiter genutzt werden könnte. Wenn man an diesem Standort nur eine Bewilligung für fünf Jahre erhält, kann eine Holzbaulösung an einem anderen Standort weiter genutzt werden. Man wird versuchen, die Lösung so lange wie möglich an diesem Standort zu belassen, aber man kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Garantie geben. Für eine nächste Sanierungsphase kann man diesen mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter nutzen wie zum Beispiel bei der Sanierungsphase des Kindergartens am Falkenweg, der in etwa zehn Jahren ansteht. Die Schulraumplanung läuft und es ist wichtig Perspektiven zu haben. Bei einer Holzbaulösung kann die Baute sogar an einem dritten Standort, wie zum Beispiel bei der Tagesschule Gsteighof, weiter benutzt werden. Dort eventuell nicht als Provisorium, sondern längerfristig aufgrund der möglichen Lebensdauer. Es gibt aber keine Garantie, dass es zeitlich nahtlos aufgeht. Wird ein Metall- oder Holzcontainer gekauft, kann dieser auch nach wenigen Jahren weiterverkauft werden. Mit einer Rückverkaufs- oder einer Weiterverkaufslösung würde man auch vernünftige Kosten haben. Die Kostenübersicht ist etwas kompliziert, weil neue Varianten ins Spiel kamen. Die aktuellen Zahlen liegen nun vor. Die Kaufvariante ist günstiger. Diese kann später verkauft werden oder man benützt sie bis zum Ende der Lebensdauer. Der Holzelement- oder Holzmodulbau ist die günstigste Variante. Die Kosten für die Verschiebung der Holzbaulösung muss noch berücksichtigt werden. Der GR hat die beiden eingereichten Änderungsanträge diskutiert. Der Antrag der Grünen und EVP kann der GR unterstützen. Die Meinung zur Holzvariante wurde auch vom Bildungsverantwortlichen Gemeinderat Ritter Michael abgeholt. Aus bildungspolitischer und schulpolitischer Sicht, auch auf Wunsch der Lehrerschaft, ist eine Holzvariante eine bessere und angenehmere Lösung, auch bezüglich der Qualität vom Aufenthalt in den Räumen. Man muss sich bewusst sein, bei einem fünfjährigen Provisorium wird es Kinder geben, die fünf Jahre in diesen Räumen in die Schule gehen werden. Zum grossen Teil ihrer Schulzeit verbringen sie in diesen Räumen, ausser beim Turnen oder Werken. Aus schulpolitischer Sicht ist eine Holzbaulösung die

bessere Lösung. Der GR hat sich für die Metalllösung entschieden, um das Geschäft nicht zu gefährden und aus Kostengründen. Der Antrag des GR hat jetzt aber zu grossen Diskussionen geführt. Man weiss, dass man eine Lösung länger als für fünf Jahre braucht. Der GR lehnt den Antrag für eine Mietlösung ab. Den Antrag der Grünen und EVP wäre eine absolut wünschbare Variante, die längerfristig betrachtet auch CO₂-mässig sicher sinnvoller ist und auf das Jahr gerechnet sicher nicht teurer. Der SR entscheidet jedoch welche Lösung bevorzugt wird. Bei einer Nutzungsdauer von 40 bis 50 Jahre kann keine Garantie gegeben werden, wo der Holzbau wann und wie benötigt wird. Mit grosser Wahrscheinlichkeit kann man jedoch davon ausgehen, dass diese Variante kein Abenteuer wäre, sondern ein Investment für die Zukunft. Falls der Holzbau nicht mehr benötigt wird, kann dieser auch verkauft werden.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass zwei Abänderungsanträge vorliegen. Es liegen somit drei Anträge vor, nämlich die Metallbaumiete des GR, der Holzbaukauf der Grünen und EVP sowie die Holzbaumiete der SP.

Gemeinderat Bucher Theophil ergänzt zu seinem vorherigen Votum, dass der Antrag der Grünen und EVP auf Zahlen basiert, die vorgängig im online Tool ergänzt wurden. Die 3.9 Mio. Franken stimmen so nicht, es sind 3.32 Mio. Franken, wenn die Vorbereitungskosten und die Kaufkosten summiert werden. Es kommt aber auch darauf an, ob man noch einrechnet, dass man diesen einmal- oder zweimal versetzt, dann fallen noch Umbaukosten an. Die Umbaukosten fallen bei jedem Modell an. Im Kauf ist die Lieferung von Montagen in den Kaufkosten inkludiert, die vermutlich beim Antrag hinzugerechnet wurden. Gemeinderat Bucher Theophil entschuldigt sich für die kurzfristige Information zu den Zahlen.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass 1.7 Mio. Franken für ein Provisorium viel ist. Es ist ein Provisorium und nicht das zukünftige Schulhaus. Es ist viel zu viel, wenn man dafür 3.32 Mio. Franken ausgibt, auch wenn es aus Holz ist. Es sind schliesslich Steuergelder, das von den Bürgern bezahlt wird. Es ist nur ein Provisorium und man weiss nicht, ob man es später verkaufen kann. Jeder möchte individuelle Lösungen. Der Antrag wird deshalb nicht unterstützt.

Stadtrat Vogel Tobias, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, wenn man viel Geld in eine Infrastruktur investiert, so wie man dies heute tun sollte, dann ist es gut, wenn man genau hinschaut, was man für dieses Geld erhält. Die Grüne-Fraktion hat dies getan. Wenn man heute Abend dem Antrag des GR folgt, dann erhält man für 1.77 Mio. Franken einen Metallcontainer, den man für fünf Jahre mietet, obwohl man bereits heute weiss, dass man diesen neun Jahre benötigt. Man bekommt einen Metallcontainer, zu dem der GR selbst sagt und in seinen Unterlagen ausführt, dass er sich nur beschränkt als Schulraum eignet, weil die Akustik und das Raumklima schlecht sind. Weiter erhält man einen Metallcontainer, den man maximal 15 Jahre lang verwenden kann und dann entsorgen muss. Die vom GR vorgeschlagene Lösung ist einzig und allein kostengünstig, aber aus Sicht der Grüne-Fraktion reicht das nicht. Deshalb wird ein Änderungsantrag eingereicht. Wenn der SR heute Abend dem Änderungsantrag folgt, dann erhält die Stadt Burgdorf eine Holzbaute, die sich für den Schulunterricht wesentlich besser eignet als der Metallcontainer. Schulräume in Holzbauten geben den Kindern eine gute Lärmumgebung, die sie unterstützen und bei der die Kinder auch ihr Potenzial entfalten können. Die Holzbauten haben eine Lebensdauer von 40 bis 50 Jahre. Auch nach der Nutzung in der Neumatt können sie flexibel weitergenutzt und dort eingesetzt werden, wo man sie dann braucht. Ideen für drei weitere Verwendungen wie beim Kindergarten am Falkenweg und beim Gsteighofschulhaus bestehen bereits. Mit dem Änderungsantrag der Grünen und EVP muss der SR rund das doppelte an Mittel sprechen, nämlich rund 3.9 Mio. Franken. Langfristig rentiert diese Investition, weil man die Holzbauten insgesamt 50 Jahre lang günstig weiterbrauchen kann. In zwanzig Jahren, vielleicht im

dritten Nutzungszyklus dieser Holzbauten, wird die Burgdorfer Bevölkerung froh sein, dass aus Tradition mutig heute nicht zu einer Floskel wird, sondern dass man wirklich mutig und verantwortungsbewusst entscheidet. Und nicht erst in zwanzig Jahren, sondern schon am ersten Schultag werden die Schulkinder, die Eltern und die Lehrerschaft froh sein, dass sich der SR heute dafür eingesetzt hat, dass man gute Schulräume erhält. Der SR ist herzlich eingeladen, zusammen mit den Grüne-Fraktion heute und jetzt aus Tradition mutig zu handeln.

Änderungsantrag Grüne/EVP

1. Der Stadtrat genehmigt einen Verpflichtungskredit für die Ausführung des Holzbauprovisoriums Neumatt und die Anschaffung des Mobiliars von 3'972'650 CHF (Sachgruppen-Nr. 5090.01 übrige Sachanlagen, Kostenstellen-Nr. 7010.5090.03 Bauliches Provisorium Schulhaus Neumatt).
2. Die Kosten für den Kauf der Holzbauten sind im Budget 2027 und in der Finanzplanung aufzunehmen.
3. Der Stadtrat genehmigt die Entnahme aus der Spezialfinanzierung Vorfinanzierung Schulanlage und Verwaltungsgebäude in Höhe der jährlichen Abschreibungen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
5. Die Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage sowie für die ausführliche Beantwortung der Fragen im online Tool. Trotzdem bleiben Fragen offen, wie zum Beispiel die Nutzungsdauer, die Weiterverwendung, auch die Miete oder der Kauf des Provisoriums sowie wie es beim Baufeld C weitergeht. Der SR muss deshalb über einen Kreditantrag abstimmen, der mit Risiken und vielen Unsicherheiten behaftet ist. In der Stadt Burgdorf wird laufend neuer Wohnraum geschaffen, was mit steigenden Schülerzahlen verbunden ist. Die notwendige Anpassung der Schulinfrastruktur hinkt dabei hinterher, sodass zum Überbrücken leider Provisorien erstellt werden müssen. Provisorien, und das ist wichtig, sind grundsätzlich nicht umweltverträglich und auch nicht wirtschaftlich, wenn sie vor Ablauf der Nutzungsdauer zurückgebaut werden. Um Provisorien zu vermeiden, ist eine weitsichtige und koordinierte Schulraumplanung wichtig. Im Gebiet Neumatt hat das leider nicht funktioniert. Dort gibt es vorläufig keine andere Lösung als ein erneutes Provisorium sowie die Zuteilung der Kinder auf andere Schulen. Zudem konnten aufgrund der Dringlichkeit weder die Nutzungsdauer noch der Bedarf für eine Weiterverwendung dieser Container für den Kindergarten Falkenweg oder für die Schulanlage Gsteighof vertieft untersucht werden. Aufgrund der kurzen Nutzungsdauer sowie der unsicheren Weiterverwendung von Provisorien kann die vom GR vorgeschlagene Lösung der Schulraumsituation in der Neumatt nachvollzogen werden. Man ist der Ansicht, dass bei einem aktuellen Schulraumnotstand und bei einer Übergangslösung ökologische Kompromisse sowie eine eingeschränkte Ästhetik zugunsten einer kostengünstigen Standardlösung vertretbar sind. Insbesondere dann, wenn eine Holzvariante um 2 Mio. Franken doppelt so viel kostet. Mit dieser Differenz könnte ein weiteres Provisorium erstellt werden, zum Beispiel am Falkenweg. Im Gegensatz zu den Aussagen von Gemeinderat Bucher Theophil wird erwähnt, dass heutige, moderne Standortcontainer für Schulen eine Nutzungsdauer von über 25 bis sogar 50 Jahren haben, wenn man sie entsprechend pflegt. Sie beeinträchtigen weder Wohlbefinden noch die Ausbildungsqualität, da haben noch andere Faktoren einen wichtigen Einfluss darauf, nicht nur gerade der Schallschutz. Diese Container erfüllen ihren Zweck bereits in vielen Gemeinden der Schweiz und haben sich dort gut bewährt. Sie können auch versetzt werden. Provisorische Container sind genau dafür gemacht, dass man sie an verschiedenen Orten einsetzen kann. Es stimmt also nicht, dass man dies nicht kann. Die Kinder werden zudem nicht fünf Jahre in den Provisorien sein, sondern sie werden vermutlich ein Jahr drin sein, und dann gilt das Rotationsprinzip. Sie werden vermutlich von Jahr zu Jahr in einem anderen Klassenzimmer unterrichtet. Eine weitere CO₂-Betrachtung beinhaltet die Gesamtbetrachtung. Bei einem Provisorium, ob Holz oder Metall, muss auch der Transport, der

Bau, die Montage und Demontage miteinbezogen werden. Am meisten CO₂ verursacht der Bau. Bei einer Demontage müssen auch die Betonfundamente rückgebaut werden und da braucht vermutlich der Holzcontainer etwas mehr Beton. Zudem ist ungewiss wie ein Schulraum in 50 Jahren aussehen muss und wie die Situation und die Bevölkerungsentwicklung aussehen. Die Mitte-Fraktion wird dem Antrag des GR aufgrund der Dringlichkeit zustimmen. Diese Lösung schont die Stadtkasse und lässt gleichzeitig Spielraum für zukünftige Bedürfnisse beim Kindergarten Falkenweg und bei der Schulanlage Gsteighof offen. Man erwartet jedoch, dass der Neubau des Schulhauses Neumatt unverzüglich in Angriff genommen wird, sobald der Landabtausch mit dem Kanton für das Baufeld C abgeschlossen ist. Man darf nicht wieder fünf Jahre warten mit dem Neubau des Neumattschulhauses.

Stadträtin von Känel Claudia, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, höchste Priorität hat, dass im August 2027 genügend Schulraum im Neumattquartier vorhanden ist und die betroffenen Kinder nicht mehr von der einen Seite der Stadt auf die andere chauffiert werden müssen, wie dies in den letzten zwei Jahren bereits der Fall war. Dies ist pädagogisch unbefriedigend, organisatorisch belastend und für die Familien auf lange Sicht auch nicht mehr zumutbar. Die Schaffung von zusätzlichem Raum im Schulhaus Neumatt ist für die GLP-Fraktion deshalb der zentrale Auftrag. Ein Auftrag, der aufgrund des engen Zeitplans oder des schon wieder engen Zeitplans, man hat es gehört, auch nicht verschoben werden darf. Deshalb muss der SR heute Farbe bekennen und festlegen, wie es bezüglich des Provisoriums in der Neumatt weitergehen soll. Die GLP-Fraktion wird deshalb sowohl den Antrag des GR als auch den Änderungsantrag unterstützen. Der Änderungsantrag mit Holzbau entspricht aber der präferierten Variante. Wie man der Stadtratsvorlage entnehmen konnte, ist das Provisorium in der Neumatt für Klassenzimmer gedacht. Das heisst, nicht wie im Gsteigschulhaus Ersatzschulzimmer, in denen man vielleicht Werken oder Bibliotheken hat, sondern Klassenzimmer, die von Primarschülern und von Kindergärtnern genutzt werden. Es gibt sicher irgendeine Rotation, aber wer das Neumattschulhaus kennt, weiss, dass dort sechs Klassen und drei Kindergärten untergebracht sind. Die Kinder, die in dieser Zeit dort in der Schule gehen, werden auch mehrmals in diesem Provisorium unterrichtet werden. Der Holzbau bietet, wie man der Vorlage entnehmen konnte, mehrfache Vorteile. Einerseits bezüglich der Raumqualität und andererseits auch ökologische Aspekte. Aus diesem Grund bevorzugt man klar den Holzbau. Hinzu kommt, dass der Holzbau grundsätzlich eine längere Lebensdauer hat und womöglich mehrmals genutzt und wiederverwendet werden kann. So würde sich das Provisorium aus Holz auf lange Sicht nicht nur nachhaltig auszahlen, sondern auch wirtschaftlich. Man will sich nicht von einer kurzfristigen Lösung treiben lassen, sondern weiterdenken. Wenn man schon investiert, dann in eine ökologische Lösung, die langfristig genutzt werden kann und die gute Lernbedingungen schafft. Aus diesem Grund spricht sich die GLP-Fraktion klar für den Holzbau aus. Ob Miete oder Kauf, darüber würde man sich gerne während einer Pause unterhalten. Deshalb wird eine kurze Pause verlangt.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion teilt mit, dass es spannend bleibt, weil die Argumente hin und her gehen. Die SVP-EDU-Fraktion unterstützt ein zweckmässiges Provisorium beim Schulhaus Neumatt. Dies aus dem einfachen Grund, dass man den Ausbildungsstandort Burgdorf sichern will. Die kostspieligen Änderungsanträge, die eingegangen sind, lehnt man entschieden ab. Die Gründe dafür ergeben sich aus mindestens drei Faktoren. Erstens ist man der Meinung, dass die Budgetdisziplin verletzt wird. Wenn der GR eine wirtschaftliche Containerlösung für 1.7 Mio. Franken empfiehlt, dann scheint das vertretbar, aber die SP-Fraktion fordert eine astronomische Summe von über 4 Mio. Franken und der Antrag der Grünen und EVP fordert 3.9 Mio. Franken. Gegenüber der beantragten Variante ergibt das eine Differenz von 2 bis 3 Mio. Franken und dies überstrapaziert die Finanzen von Burgdorf. Es gibt zu bedenken, dass es weitere Grossprojekte gibt, die man bei dieser Diskussion vielleicht vergisst, wie zum Beispiel das Hallenbad und die anderen Schulhäuser. Deshalb muss man sich eine strikte Ausgabedisziplin auferlegen. Zweitens gibt es ein fiktiver Sparfaktor. Eine

Kaufoption nach fünf Jahren ist ein finanzieller Trugschluss, denn sie bindet langfristig an ein Objekt, das per Definition nur als Provisorium gedacht ist und deren weitere Nutzbarkeit. Es liegen auch Informationen vor, dass ein Metallcontainer deutlich länger haltbar sein soll. Beim Holzbau wird von 40 bis 50 Jahre gesprochen. Es stellt sich jedoch die Frage, was man für 40 oder 50 Jahre mit einem Provisorium will. Bei einem definitiven Schulhaus rechnet man mit einer solchen Lebensdauer. Drittens fehlt bei den Änderungsanträgen die Transparenz. In der Begründung fehlt ein tabellarischer Kostenvergleich der drei Varianten Container, Holzbau und Mietkaufmodelle. Eine seriöse Beurteilung, die zu einem ganz anderen Schluss als zur Ablehnung käme, ist fast nicht machbar. Man ist deshalb zum Schluss gekommen, 2 bis 3 Mio. Franken mehr zu bezahlen, liegt nicht drin. Ein Provisorium, wie es verlangt wird, ist eine temporäre Übergangslösung und nicht der definitive Schulhausneubau. Diese Kosten kommen zusätzlich noch. Der GR hat sich aus finanzieller Vernunft für eine Containerlösungen entschieden. Die SVP-EDU-Fraktion empfiehlt, diesem Antrag im Sinne des Burgdorfer Steuerzahlers, der das alles bezahlen muss, zu folgen.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, teilt mit, dass es viele Gründe gibt, weshalb man den Änderungsantrag mit dem Holzbauprovisorium unterstützt. Stadträtin Veraguth Beryll teilt mit, dass sie selbst in den Genuss gekommen ist, als sie im letzten Gymnasium war, und in einem solchen Container unterrichtet wurde. Es waren damals zwar nur drei bis vier Lektionen, und man konnte dann schnell auch wieder raus, aber sie hat das Gefühl, dass es ihren Französischkenntnisse und ihrem Lernfortschritt in diesem Fach nicht wirklich gedient hat. Es war oft heiss und laut. Sie war damals 18-jährig und kein Kind mehr. Wenn man jetzt hört, dass der Schallschutz vernachlässigt werden kann, stellt sich die Frage, wann man das letzte Mal in einem Kindergartenzimmer oder einem Zweitklassenzimmer war. Meistens sind die Kinder den Lehrpersonen zugeteilt, das heisst, wenn sie in diesem Klassenzimmer sind, findet dort der Hauptteil des Unterrichtes statt. Sie werden also sicher ein oder zwei Jahre in diesem Provisorium unterrichtet. Man spricht von aussen von einem Provisorium, weil es für die Stadt Burgdorf auf lange Frist gesehen eher ein kurzer Teil ist, aber für die Kinder, die dort zur Schule gehen, ist es je nachdem die Hälfte der Zeit in der Unterstufe. Deshalb soll nicht von einem Provisorium gesprochen werden. Bei den Voten sind auch die Investitionen erwähnt worden. Es sind Investitionen in unsere Zukunft, in die Kinder, die irgendwann ebenfalls auch Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sein werden. Man ist es ihnen schuldig, auch auf sie zu schauen und nicht immer alles auf die nächste Generation abzuschütteln, auch wenn das Budget in diesem Moment nicht so schön aussieht, wie man es gerne hätte.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, möchte vom GR wissen, ob die Lieferung, die heute aufgeschaltet wurde, für die Miete und späterer Kauf einmalig ist. Es geht dabei um die Fr. 194'580.-- inklusive Mehrwertsteuer. Ist dieser Betrag fällig bei der Miete und dem späteren Kauf, aber nicht beim Kauf?

Gemeinderat Bucher Theophil, teilt mit, dass es einmalige Kosten für den Kauf sind und die Lieferung und Montage einschliesst. Bei der Miete handelt es sich um einen separaten Posten, weil das Gebäude im Besitz des Lieferanten bleibt. Es wird irgendwann wieder abtransportiert und verursacht deshalb Kosten. Deshalb gibt es auch eine unterschiedliche Rechnung.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, dankt für die Antwort. Die Zahlen im Änderungsantrag basieren auf denen in der Stadtratsvorlage und den Informationen zum Kauf. Man hat nichts unterschlagen. Man hat auch den Rückbau nicht unterschlagen. Bei einem Provisorium muss man den Rückbau berechnen. Deshalb sind des total 4 Mio. Franken für fünf Jahre Miete und anschliessendem Kauf. Auch wenn man es kaufen sollte, bleibt das Gebäude nicht am selben Standort, es muss einmal rückgebaut werden. Der Änderungsantrag ist transparent und beinhaltet maximale

Kosten, es kann auch billiger werden. Der Unterschied liegt bei 1.5 Prozent bei den vorherigen Angaben, wenn jetzt die Fr. 200'000.-- dazu kommen, beträgt der Unterschied 6.5 Prozent bei einem sofortigen Kauf gegenüber fünf Jahre Miete und anschliessendem Kauf. Das liegt noch in der Abweichung der Offerten. Die SP-Fraktion unterstützt die Voten der Grüne-Fraktion und der EVP. Es gibt drei wichtige Punkte, Ökologie, Kosten und Schulraumqualität, und diese sprechen klar für den Holzbau. Der CO₂-Abdruck ist 4.3-mal tiefer. Bei der Schulraumqualität muss auch an die Lehrpersonen gedacht werden, da diese nach der jetzigen Schulraumplanung acht bis zehn Jahre dort unterrichten. Die Qualität des Arbeitsplatzes für Lehrpersonen ist in der heutigen Zeit ein wichtiges Argument. Die SP-Fraktion unterstützt eine Holzbauvariante. Da nicht klar ist, ob man die Ausnahmegewilligung erhält, beantragt die SP-Fraktion die Miete für fünf Jahre mit der anschliessenden Möglichkeit zum Kauf. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass es transparenter ist, den Bau für fünf Jahre zu mieten und die Option anschliessender Kauf hat. Man geht davon aus, dass der Bau acht bis zehn Jahre stehen bleiben wird, wenn man die Schulraumplanung anschaut. Wichtig sind die Ökologie und die Schulraumqualität. Diese sind massiv besser als beim Metallcontainer. Bei den Kosten muss man politisch entscheiden, ob man für Ökologie und Schulraumqualität mehr ausgeben will. Die Ökologie wurde notabene in den Stadtgrundlagen vom SR und GR beschlossen. Ein Metallcontainer entspricht diesen Vorgaben nicht. Vor der Abstimmung wird eine Pause verlangt.

Änderungsantrag SP-Fraktion

1. Der Stadtrat genehmigt einen Verpflichtungskredit für die Ausführung des Holzprovisoriums Neumatt von 4'037'000 CHF. Der Kredit beinhaltet Erstellung, Rückbau und Miete und die Beschaffung des Mobiliars von 3'151'000 CHF sowie den Kaufpreis als Option nach 5 Jahren Miete von 886'000 CHF (Sachgruppen-Nr. 5090.01 Übrige Sachanlagen, Kostenstellen-Nr. 7010.5090.03 Bauliches Provisorium Schulhaus Neumatt).
2. Die Kosten für Miete und anschliessender Kaufoption der Holzbauten sind im Budget 2027 und in der Finanzplanung aufzunehmen.
3. Der Stadtrat genehmigt die Entnahme aus der Spezialfinanzierung Vorfinanzierung Schulanlage und Verwaltungsgebäude in Höhe der jährlichen Abschreibungen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
5. Die Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, hat zwei Fragen. Die eine betrifft den Zeitplan und die andere die Ausschreibung. Gibt es namhafte Risiken oder eine Abschätzung zwischen den verschiedenen Varianten, um den Termin vom Sommer 2027 einzuhalten? Gibt es einen Unterschied bei der Ausschreibung zwischen den Varianten? Aufgrund des knappen Zeitplans, kann regulär ausgeschrieben werden oder muss der Auftrag direkt vergeben werden?

Gemeinderat Bucher Theophil nimmt zu den Fragen Stellung und würde das Wort danach noch Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, geben. Der Zeitplan ist wichtig und deshalb muss der SR heute entscheiden, ansonsten werden wir den Zeitplan kaum einhalten können. Es ist grundsätzlich egal, welche Variante, da alle dem Referendum unterliegen. Falls ein Referendum zum heutigen Entscheid des SR ergriffen wird, kann der Termin nicht eingehalten werden. Falls es Probleme bei der Bewilligung geben sollte, man weiss nicht zu 100 Prozent, ob der Kanton die Bewilligung an diesem Standort erteilt, kann der Termin auch nicht eingehalten werden. Das Geschäft müsste neu aufgelegt werden. Wenn der SR heute entscheidet und kein Referendum ergriffen wird, kann das Submissionsverfahren gestartet werden. Ein Bezug des Provisoriums im Herbst 2027 wäre nicht so schlimm, aber ein Jahr länger ist unmöglich. Es kann nicht ein drittes Jahr mit einer provisorischen Lösung erfolgen, wo die Kinder in der halben Stadt verteilt werden, das ist keine gute Lösung.

Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, teilt mit, wenn sich der SR heute für eine Variante entscheidet, wird sofort die Submission gestartet. Es ist bekannt, der Markt ist ein Anbietermarkt, aber man wird es hinkriegen. Das Risiko liegt nicht bei der Beschaffung, sondern vor allem bei der Bewilligung. Es braucht auch eine Baubewilligung.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass es eine etwas chaotische Debatte. Das beginnt damit, dass Gemeinderat Bucher Theophil informiert und eigentlich gegen den eigenen Antrag des GR votiert. Die Kurzfristigkeit der Änderungsanträge für einen möglichen Kauf oder Miete und Kauf hat es eigentlich praktisch gar nicht möglich gemacht, dies seriös anzuschauen. Der Änderungsantrag der Grünen und EVP lag irgendeinmal in der Woche mit 3.5 Mio. Franken vor und dann kam ein Korrigendum, und jetzt kostet es 3.9 Mio. Franken. Heute wird bekannt, dass es 3.3 Mio. Franken kostet. Das ist genau das Problem, das man nun hat. Niemand weiss haargenau, was Fakt ist. Der SP-Fraktion wird attestiert, dass sie dies seriös abgeklärt hat und dass diese rund 4 Mio. Franken für Miete und Kauf Hand und Fuss haben. Vier Klassenzimmer für 4 Mio. Franken. Die FDP-Fraktion hält sich an das Votum der Mitte- und SVP-EDU-Fraktion und plädiert klar für eine pragmatische Lösung. Man weiss noch nicht einmal, ob man überhaupt eine Baubewilligung erhält. Man spricht hier von 25 bis 30 Jahren. Wenn man die Schulraumplanung des GR über die Jahre anschaut und man so weitermacht, bringt man nichts zu Boden. Die Schulraumplanung ist komplex und schwierig. Es geht nun darum, dass man möglichst rasch und schnell für diese Kinder wenigstens eine saubere und gute Containerlösung innert nützlicher Frist erhalten. Man hat heute wieder gehört, dass es vielleicht zehn Jahre dauert, bis man einen Neubau in der Neumatt realisieren kann. Das ist sinnbildlich, was man als Gesellschaft mittlerweile zustande gebracht hat. Die komplexen Anforderungen an die Überbauungspläne verunmöglichen uns in Zukunft, dass wir überhaupt noch, schon wenn die Zeit not ist, zeitgerecht Schulraum für unsere Kinder realisieren können. Waldabstände gilt es zu berücksichtigen, Spielflächen werden tangiert von anderen Überbauungen und einem geschützten Bestand muss man dann auch noch Rechnung tragen. In der Vorlage steht, dass eine Holzkonstruktion CO₂ einspart, aber wie viele Milligramm eingespart werden, steht nicht. In der Vorlage steht weiter, der Holzbau entspricht einer besseren Ästhetik als eine Containerlösung und die Aussenerscheinung der Architektur ist auch wichtig ist. Es stellt sich die Frage, was den eigentlich für Kriterien gelten. Diese Kriterien sollen 1.4 Mio. Franken mehr kosten als eine Containerlösung. Man muss bei der Realität bleiben und schauen, dass man möglichst schnell eine Containerlösung für 1.7 Mio. Franken umsetzen kann. Wenn man diese nach zehn Jahren mieten will, kostet es 2.6 Mio. Franken. Die FDP-Fraktion stimmt deshalb klar für die Containerlösung.

Stadträtin Seiler Keller Jeannine, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass Gemeinderat Bucher Theophil bei der Frage 3 als weitere Nutzung des Holzbaus nach dem Einsatz im Kindergarten Falkenweg für die Spezialräume den Schulstandort Gsteighof erwähnt hat. Es ist nicht klar, ob eine Verwechslung des Schulstandortes stattgefunden hat oder man das Gotthelfschulhaus vergessen hat. Der Schularealstandort Gotthelf ist auch mehr als nur dringend.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass er die Informationen entsprechend erhalten hat. Die Schulraumplanung hat er nicht auswendig im Kopf. Es ist richtig, dass es dringlich ist. Die Frage war, wo man das vierteilige Modul mit vier Klassenzimmern allenfalls brauchen und einsetzen kann. Das wäre wie erwähnt im Gsteig denkbar. Wenn wir ein solches Modul haben, wird man die längerfristige Planung seriös durchrechnen und schauen, an welchem Standort der optimale Einsatz sein wird. Deshalb kann jetzt nicht sicher gesagt werden, an welchem Standort das überhaupt eine Option wäre und zu welchem Zeitpunkt. Das Geschäft ist etwas chaotisch und hat bereits in der Begleitgruppe und der GPK zu Diskussion geführt. Mit den Änderungsanträgen ist eine spannende Dynamik entstanden. Es ist nicht alles klar, sondern es liegen nun auch Varianten vor. Es ist wichtig, dass die Lösung im

Sommer 2027 realisiert werden kann. Deshalb hat der GR die pragmatische Lösung gewählt und dazu steht auch Gemeinderat Bucher Theophil. Der GR hat zu den Anträgen Stellung genommen und kann den Änderungsantrag der Grünen und EVP unterstützen. Der Antrag hat Hand und Fuss. Wenn man diesen Bau langfristig weternutzen kann, kippt die Frage von Miete und Kauf oder von Metall oder Holz.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, ist irritiert, wie ein Mitglied des GR anders sprechen kann, als es der GR in seinem schriftlichen Antrag vorgebracht hat. Es hiess, die Rückbauarbeiten seien nicht berücksichtigt, so wurde es verstanden. Wenn man aber die Unterlagen anschaut, sind die Rückbauarbeiten der Containeranlage verrechnet. In den Voten wurde zudem gesagt, was man der Jugend übergibt. Es darf nicht vergessen werden, je mehr man ausgibt und mehr Schulden macht, dies wird auch der Jugend übertragen. Das möchte man der Jugend eigentlich ersparen.

Stadtrat Knüsel Sämi, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass es eigenartig ist, dass das Parlament die Arbeit macht, die der GR eigentlich machen sollte. Man hat de facto die Kontrolle über die Dinge, die der GR dem SR vorlegt. Der SR sollte nicht in Hauruckaktionen und in kurzfristiger Zeit neue Anträge schreiben. Das ist grundsätzlich nicht der Auftrag des SR. Gleichzeitig hiess es noch, der GR habe nicht gewagt, langfristig zu denken. Der SR hat die Klimavision angenommen und unter dem Teilziel 15 steht die Förderung von Neubauten und Umbauten in Holzbauweise und als zirkuläre Hybriden. Das war im Jahr 2020. Es ist deshalb unverständlich, weshalb man das noch diskutieren muss. Man spricht vom Provisorium und dieses bezieht sich auf den Standort und nicht grundsätzlich auf das Objekt. Der Standort wird hoffentlich provisorisch für fünf Jahre genehmigt. Beim Objekt sollte man besser von einem Providurium sprechen, weil man es längerfristig braucht. Wann wurde jemals in einer Gemeinde zu viel Schulraum gebaut? Es wird bezweifelt, dass man irgendwo eine Gemeinde oder Städte findet, die jammern, sie hätten zu viel Schulraum. Man hat heute Abend immer von viel Geld gesprochen. Wenn uns etwas wert sein soll, dann die Bildung.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass Bildung sehr wichtig ist. Der Metallcontainer ist ein Provisorium. Die dauerhaften Bauten werden aus Holz gemacht. Man soll sich auf die langfristigen Bauten fokussieren. Ein Provisorium ist lediglich ein Provisorium. Bildung ist wichtig, wie auch Kinder. Containerbauten sind nicht unklimateisiert. Sie werden nicht 50 Grad im Sommer. Es gibt viele Leute, die in Containerbauten arbeiten wie zum Beispiel auf der Baustelle, und es funktioniert bestens. Die Kinder werden sich mit Unterricht im Metallcontainer abfinden. Der SR arbeitet gemeinsam für die Kinder und deren Zukunft. Stadtrat Lauwinder Jonas möchte die 2 Mio. Franken sparen, damit dieses nachher für ein gutes Holzschulhaus für die Zukunft investiert werden kann. Das Provisorium muss nicht vergoldet werden.

Gemeinderat Ritter Michael fokussiert sich auf die bildungspolitische Seite. Zur baupolitischen Seite hat Gemeinderat Bucher Theophil bereits alles gesagt. Beide Varianten, ob Holz oder Metall, sind zulässig im Sinn, dass die Empfehlungen des Kantons für Schulraum eingehalten werden. Man kann auch über den Stellenwert der Empfehlungen sprechen, aber man lässt es sein, weil sie ja eingehalten werden. Zulässig heisst aber nicht optimal. Die Ausführungen von Gemeinderat Bucher Theophil, dass klare qualitative Unterschiede bestehen bei Schulräumen im Holz- oder Metallbau, sind richtig. Der heikle Punkt, wenn man sagt, zulässig heisst nicht optimal, ist, dass man nicht Container für Spezialräume für die Oberstufe haben, wie man sie an anderen Standorten hat. Es gibt keinen bildungspolitischen Unterschied zwischen den Änderungsanträgen der Grünen und EVP sowie der SP-Fraktion. Der Zeitplan ist kritisch. Eine Verzögerung um ein weiteres Schuljahr führt zu den Schultransporten von der Neumatt im Wesentlichen ins Schlossmatt. Das ist im Grunde bildungspolitisch nichts Gescheites. Es wird auch dazu führen, dass die Unzufriedenheit der Eltern im Quartier zunehmen wird,

was verständlich ist. Es hat gewisse Angriffe an Gemeinderat Bucher Theophil gegeben. Der GR hat vor kurzem entschieden, den Änderungsantrag der Grünen und EVP zu unterstützen. Es ist also nicht nur die Meinung von Gemeinderat Bucher Theophil.

PAUSE

Stadtratspräsident Merz Adrian informiert über das Abstimmungsprozedere. Zuerst werden die beiden Änderungsanträge einander gegenübergestellt. Der siegende Antrag wird im Anschluss dem Antrag des GR gegenübergestellt. Danach erfolgt die Schlussabstimmung.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der Änderungsantrag zurückgezogen wird. Die SP-Fraktion unterstützt den Änderungsantrag der Grünen und EVP. Eine Ausmarchung der Änderungsanträge entfällt somit. Für die SP-Fraktion ist es wichtig, dass ein Holzbau realisiert wird, weil es für Lehrpersonen und Schülern eine bessere Raumqualität bietet und auch ökologisch besser ist. Man hat nachher immer noch die Option eines Rückkaufes.

Abstimmung

Änderungsantrag Grüne/EVP: 23 Stimmen

1. Der Stadtrat genehmigt einen Verpflichtungskredit für die Ausführung des Holzbauprovisoriums Neumatt und die Anschaffung des Mobiliars von 3'972'650 CHF (Sachgruppen-Nr. 5090.01 übrige Sachanlagen, Kostenstellen-Nr. 7010.5090.03 Bauliches Provisorium Schulhaus Neumatt).
2. Die Kosten für den Kauf der Holzbauten sind im Budget 2027 und in der Finanzplanung aufzunehmen.
3. Der Stadtrat genehmigt die Entnahme aus der Spezialfinanzierung Vorfinanzierung Schulanlage und Verwaltungsgebäude in Höhe der jährlichen Abschreibungen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
5. Die Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.

Antrag GR: 15 Stimmen

1. Der Stadtrat genehmigt einen Verpflichtungskredit für die Ausführung des Containerprovisoriums Neumatt und die Anschaffung des Mobiliars von CHF 1'770'000.00 (Sachgruppen-Nr. 5090.01 Übrige Sachanlagen, Kostenstellen-Nr. 7010.5090.03 Bauliches Provisorium Schulhaus Neumatt).
2. Die Mietkosten sind im Budget 2027 und in der Finanzplanung aufzunehmen.
3. Der Stadtrat genehmigt die Entnahme aus der Spezialfinanzierung Vorfinanzierung Schulanlage und Verwaltungsgebäude in Höhe der jährlichen Abschreibungen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
5. Die Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 23 zu 15 Stimmen dem Änderungsantrag Grüne/EVP zu.

Abstimmung

1. Der Stadtrat genehmigt einen Verpflichtungskredit für die Ausführung des Holzbauprovisoriums Neumatt und die Anschaffung des Mobiliars von 3'972'650 CHF (Sachgruppen-Nr. 5090.01 übrige Sachanlagen, Kostenstellen-Nr. 7010.5090.03 Bauliches Provisorium Schulhaus Neumatt).
2. Die Kosten für den Kauf der Holzbauten sind im Budget 2027 und in der Finanzplanung aufzunehmen.
3. Der Stadtrat genehmigt die Entnahme aus der Spezialfinanzierung Vorfinanzierung Schulanlage und Verwaltungsgebäude in Höhe der jährlichen Abschreibungen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
5. Die Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 23 Ja und 15 Nein Stimmen die Anträge.

SRB: 2026-984 | Registratur-Nr. 3.1.3

Sanierung Hallenboden und Lüftung Sporthalle Lindenfeld

Verhandlung

Stadratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Es wurde ein überparteilicher Rückweisungsantrag eingereicht.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass die Sanierung des Hallenbodens und der Lüftung der Sporthalle Lindenfeld ein Thema ist, das uns schon länger beschäftigt. Diese Halle, beziehungsweise der Boden, ist seit Jahren nicht mehr wirklich up to date, er muss geflickt werden. Er musste immer häufiger geflickt werden und es war eine Frage der Zeit, dass man die Sanierung dieses Bodens vornehmen muss. Es wird eine längere Sache als beim schnellen Flicken, es betrifft den ganzen Hallenboden. Die Halle muss zwangsläufig für ein paar Monate ausser Betrieb genommen werden, weil man den Boden neu aufbauen muss. Das ist leider in einer Stadt, in der wenig Schulraum vorhanden ist, nicht ganz einfach. Wie man der Vorlage entnehmen kann, hat man mit den Schulen und den Vereinen diskutiert und ihre Bedenken, Sorgen und Schwierigkeiten abgeholt. Die Freude der Schulen und Lehrkräften hält sich in Grenzen, aber man kann damit leben, dass zwischen Frühlings- und Herbstferien die Halle vorübergehend nicht nutzbar ist. Man wird andere Optionen suchen, um in dieser Zeit den Turnunterricht zu gestalten. Die Vereine haben zurückgemeldet, dass es für sie schwieriger sein wird. In der Abklärungsphase hatte man nicht eine fundamentale Opposition erhalten, sondern hatte den Eindruck, dass die Vereine halt nach Lösungen suchen müssen. Die Maximalvariante, dass man wieder ein Provisorium für ein paar Monate aufstellt, ist aus Sicht des GR schlicht schwierig bis unverantwortbar. Dabei geht es um Beträge für ein Provisorium von 4 bis 5 Mio. Franken. Der GR ist der Meinung, dass es Lösungen geben muss, sowohl für die Schulen wie auch für die Vereine. Man muss sich anderweitig organisieren und zusammen Lösungen suchen. Vielleicht kann alternierend eine Halle genutzt werden oder allenfalls ausgewichen werden. Aber die definitive Lösung für jeden einzelnen Fall hat man in diesem Moment natürlich nicht. Gemeinderat Bucher Theophil geht nicht weiter auf das Geschäft ein, weil ein Rückweisungsantrag eingereicht wurde. Der Rückweisungsantrag

würde bedeuten, dass man die Sanierung nächstes Jahr nicht machen kann. Man würde die Sanierung verschieben müssen, bis es im Sinne des Rückweisungsantrags so ist, dass eine andere Hallenvariante zur Verfügung steht. Das ist, was man nach dem heutigen Plan sagen kann. Die geplante zweite Halle im Gsteighof ist etwa für das Jahr 2030 geplant. Man müsste die notwendigen Reparaturen nach bestem Wissen und Gewissen weiterführen, aber mit leicht steigenden Risiken, dass die Reparaturen im ungünstigsten Moment kommen. Diese können plötzlich kommen und vielleicht braucht es mal mehr Zeit und ist auch schlecht planbar. Es ist grundsätzlich nicht unmöglich, es ist aber auch in der Summe nicht günstiger zu reparieren. Jedes Mal kommen Kosten für die Sanierung auf. Man könnte zumindest verhindern, wenn man wartet, bis man eine Halle hat. Bei einem Stillstand müssten sich Schulen und Vereine anders orientieren. Es war geplant, wie in der Vorlage ersichtlich, im nächsten Jahr die Sanierung vorzunehmen und im übernächsten Jahr die Dreifachturnhalle Sägegasse zu realisieren. Man hätte für das Jodlerfest im Jahr 2029 parat sein wollen. Es wird aber auch andere Wege und Lösungen geben. Der SR muss entsprechend entscheiden.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man die geplante Sanierung Hallenboden und Lüftung Sporthallen Lindenfeld unterstützt, und zwar gemäss Antrag des GR. Die Notwendigkeit dieser Sanierung ist überparteilich anerkannt. Die Schülerinnen, Sportlerinnen und Vereine sollen auf einem neuen Hallenboden mit einem angenehmen Hallenklima ihre sportlichen Aktivitäten in Zukunft ausüben können. Warum wird der Rückweisungsantrag nicht unterstützt? Aus den Unterlagen ist ersichtlich, dass die involvierten Direktionen intensiv nach Überbrückungslösungen während der Schliessung vom Frühling bis Herbst 2027 gesucht haben. Die ausgereizte Belegung der städtischen Sporthallen ist bekannt. Mit der Forderung und Realisation von zusätzlich sportlicher Infrastruktur, bevor die Sanierung startet, wird befürchtet, dass es zu einer jahrelangen Verzögerung kommt. Man denkt dabei auch an die Diskussionen betreffend der ganzen Schulraumplanung. Es ist eine Realität, dass Projekte in Burgdorf seine Zeit brauchen, und nicht nur wegen der Verwaltung und der politischen, unterschiedlichen Meinungen, sondern auch, weil zum Beispiel das Regierungsratsstatthalteramt auch seine Zeit braucht, um eine Bewilligung zu erteilen. Alle die eine Liegenschaft besitzen, wissen, dass es bei Unterhaltsarbeiten teurer kommt, wenn man sie hinauszögert und plötzlich notfallmässige Sanierungen ungeplant und chaotisch aus dem Ruder laufen können. Deshalb will man eine zukünftige Ballsporthalle unterstützen. Es ist schlichtweg zu riskant, jetzt weiter zuzuwarten mit dieser Sanierung. Stadträtin Liechti-Lanz Esther hat mit ihrem Sohn telefoniert und ihm von diesem Stadtratsgeschäft und der Situation für die Sportvereine während der Sanierung erzählt und ihm einige Ideen erläutert. Er ist sehr sportlich. Er hat gemeint, es sei politischer Mord, wenn man den Sportlern sagen will, was sie tun sollen. Es braucht deshalb Solidarität auf jeder Ebene, der politischen, der gesellschaftlichen und sportlichen. Man ist gefordert. Es wäre vielleicht möglich, dass sich die Sportvereine absprechen und die Sporthallen in einem bestimmten Rhythmus teilen. Vielleicht ist auch ein Projekt «Sport on Tour» möglich, wo Vereine, wenn immer möglich, ihre sportlichen Aktivitäten draussen auf öffentlichen Plätzen durchführen. Eine Möglichkeit wäre eventuell neben dem Helikopterlandeplatz beim Spital Emmental. Es würde vielleicht auch den Patienten eine Abwechslung bringen oder animieren, sich selbst sportlich zu betätigen und mehr für ihre Gesundheit zu tun. Wie erwähnt, wird die EVP den Rückweisungsantrag nicht unterstützen.

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man den Rückweisungsantrag miteingereicht hat. Dies nicht, weil man gegen die Sanierung ist. Die Sanierung ist unbestritten. Der Hallenboden muss saniert werden, und zwar möglichst schnell. Es gibt eine Alternativlösung für die Zeit während der Sanierung. Es gibt zwei Probleme, die man in Burgdorf hat und auch ein Dauerbrenner in der Sportkommission ist. Es gibt zu wenig Turnhallen in Burgdorf, vor allem am Abend, an denen die Sportvereine trainieren wollen. Zudem müssen mehrere Turnhallen saniert werden und

wenn diese saniert werden, kann man sie nicht benützen. Das verschärft das Problem zusätzlich. Deshalb hat man den Rückweisungsantrag eingereicht, wie auch gleichzeitig eine Motion, die aufzeigt, dass man jetzt prüft, ob man für die alternative Lösung gemäss der eingereichten Motion das Geschäft nicht zurückstellt. Eine weitere Ballsporthalle ist in Planung, beziehungsweise ist angedacht. Ein Antrag inklusive eines Konzepts an die Sportkommission liegt jedenfalls schon vor. Die Motion hat zum Gegenstand eine neue Ballsporthalle im Lindenberg neben der Rollsportanlage. Dort auf der Wiese hat es Platz. Mit einer solchen Halle könnten die städtischen Turnhallen entlastet werden. Man würde nachher in dieser Ballsporthalle trainieren, das würde Slots am Abend freischaufeln, was wiederum eine Entlastung der städtischen Turnhallen ist. Zusätzlich kann man die Ballsporthalle, wenn sie realisiert wird, als Provisorium der Schulen brauchen, die nachher dort einen Tag lang Sport machen können. Man hätte, wenn das so zustande kommt, eine Lösung. Man ist gespannt auf die Beantwortung der Motion beziehungsweise auf die Vorlage, die der GR dem SR unterbreiten wird, wenn die Motion angenommen wird. Die Motion wurde dringlich eingereicht, weil die Sanierung im Lindenberg möglichst rasch erfolgen muss. Man hofft, dass die Dringlichkeit angenommen wird.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass hier nicht über die eingereichte Motion diskutiert wird. Diese wird an der nächsten oder vielleicht der übernächsten Stadtratssitzung ein Thema sein. Jetzt geht es einzig um die Sanierung des Hallenbodens und der Lüftung der Sporthalle Lindenberg.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den Rückweisungsantrag unterstützt. Der Rückweisungsantrag wird unterstützt, damit der GR noch einmal die Möglichkeit erhält, alle Lösungen frei von irgendwelchen Vorgängen anzuschauen. Man unterstützt zum jetzigen Zeitpunkt nicht eine Verbindung mit der Motion zu einer Unihockeyhalle. Der GR soll noch einmal frei von irgendwelchen Sachzwängen einer Unihockeyhalle die Möglichkeiten anschauen und prüfen. Dies, damit man noch einmal anschauen kann, was man schon in den Unterlagen als präferenzuelle Lösung für ein Provisorium hat, nämlich den Vorzug des Neubaus der Gsteighofhalle. Wenn man die rollende Planung anschaut, stellt man fest, dass man jetzt plötzlich ein wenig früher dran ist als es noch letztes Jahr bei der Informationsveranstaltung geheissen hat. Der GR wird gebeten, noch einmal über die Bücher zu gehen. Aus diesem Grund wehrt man sich, dass jetzt schon vorgegeben wird, in welche Richtung der GR schauen soll für die Sportvereine für die Zeit im Sommer, während die Halle renoviert wird. Man ist sich bewusst, dass die Sanierung nicht nächsten Sommer saniert wird, sondern halt zu einem späteren Zeitpunkt. Stadtrat Käsermann Fabian war rund 40 Jahre Mitglied des Volleyballclubs, war Präsident und jetzt Ehrenmitglied, und spielt noch in der Halle, um die es heute geht.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man in einem anderen Zusammenhang gegenüber den Vereinen schon einmal etwas Ähnliches erlebt hat, nämlich als der lokale Netzbetreiber vor Jahren die Strompreise massiv erhöht hat. Man hat in der REZE AG die verschiedenen Vereine einfach im Regen stehen lassen. Die Vereine müssen kämpfen, um zu überleben, um finanziell zu überleben. So geht man also mit Vereinen um. Jetzt liege ein unbestrittenes Geschäft für eine Hallensanierung vor. Man hätte davon ausgehen dürfen, dass die Sanierung fünf Wochen dauert, die fünf Wochen während den Sommerferien. Jetzt erhält man die Nachricht, dass es sechs bis sieben Monate dauert, was ein ziemlicher Unterschied ist. Die Sanierung der Lüftung wird Sinn machen, selbstverständlich zwecks Energieeinsparung und CO₂, was dann auch Fr. 850'000.-- Mehrkosten bringt. Diese sind einmal mehr in der mittelfristigen Finanzplanung nicht berücksichtigt. Die Aussage, es sei halt unschön, aber man müsse sich irgendwie damit abfinden, ist schon fast ein wenig beschämend. Wenn es um Einsparungen von CO₂ geht, wird kein Aufwand gescheut. Es wird kein Argument weggelassen, keine Kosten sind hoch genug oder dürften hoch genug sein, aber wenn es um Hunderte von

Vereinsmitgliedern geht, dann erklärt man, es sei unschön, aber irgendwie müssen sie selbst zurechtkommen. In den Vereinen frönen junge Menschen ihrem Hobby, aber auch ältere Menschen, die Bewegung brauchen. Es ist oftmals nicht nur ein Hobby, sondern es wird professionell trainiert. Die FDP-Fraktion kann dies überhaupt nicht gutheissen. Vereine sind ein wesentliches Rückgrat der Gesellschaft. Diese Vereine und Institutionen sind gesunde, günstige und soziale Projekte. Die Ballsportanlage kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Es hat imponiert, weil der SR es anders erlebt, dass in Kürze ein pragmatisches und klares Konzept mit einer hoffentlich Kostenwahrheit vorliegt. Deshalb will die FDP-Fraktion diesem Projekt eine Chance geben und es ausreifen lassen. Der Einbezug und die Eigenleistung der Vereine sind zu begrüßen. Wenn die Umsetzung bei der Stadt Burgdorf liegt, kann die Umsetzung der Ballsporthalle bis zu zehn Jahre dauern. Die Vereine müssen aber auch in die Pflicht genommen werden und müssen Verantwortung übernehmen, wenn heute ein politisches Ja zum Rückweisungsantrag erfolgt. Die Vereine müssen mit ihrer Begeisterung beweisen, dass der vorgeschlagene Weg möglich ist. Es ist gleichwohl eine Tatsache, dass in vielen Vereinen das Vereinsleben nicht mehr gelebt wird, wie man es leben sollte, das heisst, man konsumiert einfach noch die Stunden des Sports, und alles andere lässt man nachher links liegen. Das geht nicht, sondern diese sind nachher wirklich dort gefordert, um etwas zu erreichen. Es müssen Eigenleistungen erbracht werden, um das realisieren zu können, wie man es sich das vorstellt. Man ist dann überzeugt, dass es je nach heutiger Abstimmung, einmal so weit ist und ein ausgereiftes Projekt einer Ballsporthalle auf dem Tisch liegt und vom SR die notwendigen Gelder erhalten. Die FDP-Fraktion stimmt dem Rückweisungsantrag zu.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man heute über die Sanierung des Hallenbodens diskutiert. Wie bei den anderen Fraktionen auch, konnte man bei der Fraktionssitzung die Vertreter der Sportclubs empfangen, die das Projekt vorgestellt haben. Aus diesem Grund hat man schlussendlich auch den Rückweisungsantrag unterstützt. Die Idee, welche mit dieser Ballsporthalle präsentiert worden ist, ist mutig, aber machbar. Sie hat eine Chance verdient. Deshalb wird das Anliegen unterstützt. Insbesondere auch, und da schliesst man sich an Vorredner Stadtrat Kämpf Jürg an, weil man sich bewusst ist, dass die Vereine eine sehr wichtige und grosse Arbeit machen mit einem hohen gesellschaftlichen Nutzen und vor allem auch, wenn man die ganze Jugendarbeit anschaut, die dort betrieben wird. Dies sind Dinge, die man nicht unterschätzen darf, sondern denen man die Chance geben muss, wenn eine entsprechende Initiative kommt. Dies will man mit diesem Rückweisungsantrag entsprechend unterstreichen.

Stadtrat Knüsel Sämi, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man das Geschäft kontrovers diskutiert hat. Es war aber trotz der kontroversen Diskussion ziemlich schnell, dass der Rückweisungsantrag das Richtige ist. Dies ist für die Grüne-Fraktion der entscheidende Punkt, man will nicht über die Motion sprechen. Es wurde schon vieles über die Motion gesprochen, es geht aber hier um den Rückweisungsantrag. Man ist den Vereinen dankbar für die geleistete Vorarbeit. Die Stadt Burgdorf muss aber auch ihren Teil dazu beitragen. Danach will man schauen, was das Beste, und vielleicht auch nicht das Teuerste, ist, sondern das Beste für Burgdorf und die Vereine.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man nicht von einer Ballsporthalle sprechen soll, wenn die meisten ballspielenden Vereine diese nicht nutzen können. Um korrekt zu sein, spricht man von einer Unihockeyhalle oder einer Floorballhalle, aber nicht von einer Ballsporthalle.

Abstimmung

Rückweisungsantrag

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 36 Ja und 2 Nein Stimmen dem Rückweisungsantrag zu.

SRB: 2026-985 | Registratur-Nr. 2.8

Kreditantrag Hochwasserschutzprojekt kleine Emme

Verhandlung

Stadtratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass heute kein gewöhnliches Bauprojekt vorliegt. Es geht um Sicherheit, konkret über den Schutz von Menschen, Infrastrukturen, Wohnraum und zentralen Verkehrsachsen in Burgdorf. Die Kleine Emme hat uns in den vergangenen rund 20 Jahren gute Dienste geleistet. Die ersten Hochwasserschutzmassnahmen aus den Jahren 2004 und 2005 haben sich bewährt. Aber wie es halt ist, Gewässer verändern sich, sei es durch Auflandungen, durch Bewuchs, durch veränderte Klimabedingungen und durch neue hydraulische Realitäten. Genau darum wurde überprüft, ob der Schutz noch genügt. Das Resultat ist sonnenklar. Die nötige und geforderte Abflusskapazität ist heute nicht mehr vollumfänglich gegeben. Anders gesagt, der bisherige Schutz ist gut, aber nicht mehr gut genug. Der GR will darum vorausschauend handeln, bevor ein Schadenfall eintritt. Was beinhaltet das Projekt? Ein rund 500 Meter langer Abschnitt zwischen Wynigenstrasse und Typonweg wird hochwasserschutztechnisch ertüchtigt. Dazu gehören unter anderem die Vergrösserung des Abflussquerschnitts, die Anpassung und teilweise Verlegung des Bachbetts, Schutzmassnahmen für gefährdete Liegenschaften, sowie als zentrales Element der Ersatz der Typonbrücke. Gerade dieser Brückenersatz ist entscheidend, weil damit der Rückstau im Hochwasserfall massiv reduziert werden kann. Das ist ein sicherheitsrelevanter Kernpunkt des ganzen Projektes. Wichtig ist aber auch, eine berechtigte Frage von Stadtrat Schaffer Manfred, dass trotz Baustelle die Passierbarkeit für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrende zu Fuss gewährleistet ist, es wird nämlich eine Hilfsbrücke neben der Baustelle erstellt. Mit anderen Worten, Sicherheit ja, aber ohne Burgdorf unnötig abzuschneiden. Besonders wichtig ist bei diesem Projekt, dass die Sicherheit mit ökologischer Aufwertung verbunden wird. Wo immer möglich werden naturnahe Lösungen umgesetzt. Böschungen ökologisch gestaltet und neue Habitate geschaffen. Das ist nicht einfach Beton gegen Wasser, sondern echter intelligenter Wasserbau. Auch finanziell ist aus Sicht des GR die Vorlage verantwortungsvoll. Wie in den Unterlagen nachzulesen ist, betragen die Bruttokosten Fr. 787'000.--. Davon übernehmen Bund und Kanton rund 60 Prozent der subventionsberechtigten Kosten. Für Burgdorf verbleiben also somit Nettokosten von rund Fr. 490'500.--. In diesem Zusammenhang besonders wichtig und erfreulich ist, dass das Projekt im Rahmen der mittelfristigen Investitionsplanung liegt. Es ist also keine unliebsame finanzielle Überraschung. Zur ebenfalls gestellten Frage von Stadtrat Schaffer Manfred nach möglichen Beiträgen Dritter wie zum Beispiel die BKW gilt, dass man eine entsprechende Anfrage macht. Realistisch betrachtet zeigt die Erfahrung aber, dass Beiträge meist nur bei

direktem, grösserem Eigennutzen gesprochen werden. Der GR prüft diese Möglichkeit aber trotzdem, auch wenn die Erwartungen zurückhaltend sein müssen. Hochwasserschutz ist eine klassische Aufgabe von verantwortungsvoller Gemeindepolitik. Man soll dann investieren, wenn noch nicht alles unter Wasser steht. Oder anders formuliert, bei Hochwasser ist es meistens zu spät für Grundsatzdebatten. Man will heute handeln, damit Burgdorf auch Morgen sicher bleibt. Dieses Projekt schützt nicht nur Strassen, Brücken und Quartiere, es schützt auch Vertrauen. Vertrauen von der Burgdorfer Bevölkerung, dass man Risiken frühzeitig erkennt, ernst nimmt und mit Vernunft handelt. Der GR ist darum überzeugt, dass dieses Projekt notwendig, sinnvoll, finanziell tragbar und sicherheitspolitisch verantwortungsvoll ist. Der SR wird gebeten, dem Kreditantrag zuzustimmen.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, dankt Gemeinderat Rappa Francesco für seine Ausführungen. Die Fragen wurden zur vollsten Zufriedenheit beantwortet. Das Projekt, so wie es aufliegt, ist nachvollziehbar, auch, dass gewisse Arbeiten im Bereich Tiefbau mit der Localnet AG koordiniert werden. Die Integration macht Sinn. Eine kleine Anmerkung gibt es im Bereich Einungerstrassen, wo der Bachlauf etwas mehr Richtung Norden versetzt wird. Dort sollte ein Augenmerk darauf gemacht werden, dass die Einschränkungen für die Bewohner in diesem Bereich möglichst gering gehalten werden.

Stadträtin Maurer Roschi Franca, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man heute Abend schon viel gesprochen und gehört hat. Das vorliegende Geschäft betrifft die Infrastruktur und trägt Sorge zu Burgdorf. Die Grüne-Fraktion dankt für die Vorlage, die sauber ausgearbeitet wurde und mit vielen Gedanken, vernetzt und gut zu lesen ist. Es ist auch sehr erfreulich, dass der Vogelschutz wahrgenommen und ein Augenmerk darauf gerichtet wird.

Abstimmung

1. Das Hochwasserschutzprojekt Kleine Emme wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Investitionskredit von brutto 787'000.00 genehmigt (Sachgruppen-Nr. 5020.01 Wasserbau, Kostenstellen-Nr. 2010.5020.05 Hochwasserschutzprojekt Kleine Emme).
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2026-986 | Registratur-Nr. 2.11.1

Ausführungsprojekt Sanierung und Umgestaltung Neumattstrasse

Verhandlung

Stadtratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass man mit der heutigen Vorlage nicht einfach über eine Strassensanierung diskutiert. Der SR diskutiert über eine gezielte Investition in Sicherheit, Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit für ein ganzes Quartier. Die Neumattstrasse befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand. Gleichzeitig besteht konkreter Sanierungsbedarf bei Werkleitungen,

Wasser, Strom und Kanalisation. Oder anders gesagt, wenn man hier nicht koordiniert handelt, würden man das Problem zeitlich verschieben. Das würde schlussendlich zu einer Verteuerung führen, was man sicher nicht will. Der GR beantragt darum bewusst mehr als bloss einen Belagsersatz. Es geht um eine durchdachte, nachhaltige und funktionale Gesamterneuerung. Es wird auf vier Punkte eingegangen. Erstens auf die Verkehrssicherheit und die Begegnungszone. Die Neumattstrasse soll als Begegnungszone nicht nur signalisiert, sondern auch tatsächlich gelebt werden. Deshalb braucht es bauliche Massnahmen wie horizontale Versätze. Es ist bekannt, ein Schild allein bremst nicht immer, die bauliche Gestaltung hingegen macht angepasste Geschwindigkeit selbstverständlich. Das Ganze entspricht den Normen. Zweitens auf die Nachhaltigkeit und die Aufenthaltsqualität. Mit 370 Quadratmetern Entsiegelung, zusätzlichen Grünflächen und 17 neuen Bäumen schafft man nicht nur eine schönere Strasse, sondern leistet auch einen konkreten Beitrag zur Hitzeminderung und Klimaanpassung. Das ist moderne Infrastrukturpolitik mit Weitsicht. Drittens auf die Beleuchtung und Technik. Zu diesem Thema hat Stadtrat Neuenschwander Beat im online Tool eine Frage gestellt. Die neue Beleuchtung wird mit moderner LED-Technik ausgestattet und technisch so aufbereitet, dass künftig auch eine individuelle Steuerung oder Dimmung möglich sein wird. Man baut also nicht nur für Heute, sondern mit Blick auf Morgen. Viertens auf die Parkplatzsituation. Zu diesem Thema hat Stadtrat Wüthrich Urs eine Frage im online Tool gestellt. Fakt dazu ist, dass an der Neumattstrasse keine offiziellen Parkplätze bestehen. Es gibt darum auch keine klassische Vorher-Nachher-Parkplatzbilanz, weil der heutige Zustand primär von einzelnen nicht markierten Nachtparkierern geprägt ist. Mit anderen Worten, man ordnet und verbessert. Es wird nichts Bestehendes abgebaut. Das Projekt ist nicht gratis, aber es ist eine Investition in Werterhalt, Sicherheit und ein qualitativ hochwertiges Quartier. Wer Strassen, Werkleitungen und Gestaltung sinnvoll koordiniert, spart langfristig Mehrfachkosten und verhindert spätere Flickwerke. Man ist sich sicher einig, lieber einmal gescheit bauen, als später Jahr für Jahr über Schlaglöcher, dunkle Ecken und Provisorien zu sprechen. Burgdorf entwickelt sich weiter und das Neumattquartier verdient nach Abschluss der Überbauung Burgermatt jetzt auch einen Strassenraum, der diesem Anspruch gerecht wird. Der GR ist überzeugt, dass dieses Projekt Sicherheit, Nachhaltigkeit, Funktionalität und Wohnqualität in sinnvoller Weise verbindet. Der SR wird gebeten, dem Antrag des GR zu folgen.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass er sich die Pläne angeschaut hat. Auf den Plänen sieht man, wie die Strasse schmaler wird und mehr Hindernisse hat. Es wird ein richtiger Slalom. Stadtrat Lauwiner Jonas ist grundsätzlich gegen eine Strassenverengung. Es können Katzen herausspringen und überfahren werden. Es ist zudem scheisse, wenn man keine Sicht hat. Man soll sehen, wo man fährt. Aus diesem Grund unterstützt er das Projekt nicht. Der Unterhalt der Strassen ist wichtig. Beim Projekt ist, wo vorher Asphalt war, Grünraum eingezeichnet. Dort hatte man deshalb 20 Jahre Ruhe. Jetzt wächst dort dann Grünzeugs, auch in den Strassenraum hinein. Es braucht dann jemanden, der das pflegt und schneidet. Der SR wird es nicht machen, es muss es jemand vom Tiefbau erledigen. Das bedeutet wieder Mehraufwand, der wieder kostet. Der jährliche Unterhalt wird teurer. Deswegen wird das Projekt nicht unterstützt. Der SR wird wahrscheinlich zu 100 Prozent dem Projekt zustimmen. Stadtrat Lauwiner Jonas muss seinen Wählern treu bleiben und deshalb Nein sagen.

Stadtrat Vogel Tobias, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt. Das vorliegende Geschäft ist ein gutes Beispiel dafür, dass man Entsiegelung und Begrünung auch relativ kostengünstig realisieren kann, wenn man es gescheit koordiniert mit Sanierungsarbeiten an Strassen und Werkleitungen, die ohnehin anstehen. Das haben die Initiantinnen und Initianten der Stadtklimainitiative immer schon gesagt, das bewahrheitet sich jetzt und ist erfreulich. Die Grüne-Fraktion dankt dem GR und erwartet zeitnah mehr davon. Vielleicht lässt sich dann auch prüfen, ob

zur Gestaltung des Strassenraums andere Möglichkeiten bestehen, als einfach öffentliche Parkplätze in einer Begegnungszone zu schaffen. Unter dem Strich ist es eine gute Vorlage.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, dankt für das sauber ausgearbeitete Projekt. Der Benchmark, den man für solche Arten von Projekten sieht, ist die Thunstrasse. Die Sanierung der Neumattstrasse übertrifft das Projekt der Thunstrasse aber bei Weitem. Man sieht aber noch ein wenig Potenzial bei der Entsiegelung, speziell bei der Einfahrt des Sportplatzes. Die SP-Fraktion bittet, dort noch einmal einen Blick darauf zu werfen, ob man dort eventuell etwas mehr entsiegeln könnte. Die SP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Ausbauprojekt zu.

Abstimmung

1. Das Sanierungs- und Umgestaltungsprojekt Neumattstrasse wird genehmigt.
2. Für die Ausführung werden Investitionskredite für den Strassenbau von CHF 910'000.00 (Sachgruppen-Nr. 5010.01 Strassen/Verkehrswege, Kostenstellen-Nr. 2400.5010.19 Sanierung und Umgestaltung Neumattstrasse) und für die Abwassersanierung von CHF 347'000.00 (Sachgruppen-Nr. 5032.01 Tiefbauten Abwasserbeseitigung, Kostenstellen-Nr. 2210.5032.19 Sanierung Kanalisation Neumattstrasse) genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
4. Die Investitionskredite über total CHF 1'257'000.00 unterstehen dem fakultativen Referendum.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja und 1 Nein Stimmen die Anträge.

SRB: 2026-987 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag SP-Fraktion betreffend Entsorgungsboxen für Pizzakartons an neuralgischen Punkten in Burgdorf

Verhandlung

Seitens des GR und der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadträtin Marti Debra, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR für die rasche Umsetzung des Auftrages. Man hat auch wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass die Nutzung der Box analysiert und auch weitere Standorte evaluiert werden. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des GR.

Abstimmung

Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Auftrags.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag.

SRB: 2026-988 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag SP-Fraktion betreffend Aufbau eines digitalen Sport-Finders für Burgdorf

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Ritter Michael teilt mit, dass der Auftrag der SP-Fraktion zusammengefasst einen möglichst attraktiven digitalen Auftritt der Burgdorfer Sportvereine und anderer Anbieter von Sport verlangt. Der GR empfiehlt die Annahme des Auftrages. Wenn man auf die Homepage geht, kann man Sportfinder sagen oder irgendetwas ähnliches wie in Thun. In der noch frühen Phase ist es noch nicht relevant. Die Stadt Thun ist auch grösser als Burgdorf. Man ist froh, dass der Auftrag nur eine Prüfung verlangt. Nicht, weil es schlecht wird, sondern weil das Ergebnis offen sein soll. Eventuell gibt es andere Lösungen, auch auf dem Portal der Stadt Burgdorf. Der GR empfiehlt dem SR die Annahme des Auftrages.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass es eine gute Idee ist. Sport ist wichtig in der Gesellschaft. Sport fördert die Gesundheit. Stadtrat Lauwiner Jonas wird den Auftrag unterstützen. Mit einem Sportfinder können interessierte Personen es einfacher und schneller finden. Es kostet auch nicht viel, man kann nur die Website entsprechend anpassen.

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass die Idee eines Sportfinders sympathisch tönt. Man hat den Auftrag in der Fraktion geprüft und mit Google und ChatGPT hinterfragt. Es wurde problemlos eine ganze Liste von Sportarten und passenden Angeboten auf unsere Bedürfnisse ersichtlich, sogar Sportarten von Pro-Cup. Man hat auch noch etwas dabei gelernt. Man hat zum Beispiel gelernt, was eine Rückschlagsportart ist, beispielsweise Badminton. Das zeigt, dass solche Übersichten oder Sportempfehlungen heute sehr einfach zu finden sind. Zudem gibt es auf der Website der Stadt Burgdorf ein Vereinsverzeichnis. Der Sportfinder ist eine sympathische Idee, aber schlussendlich ein bisschen zu viel des Guten, nicht Aufgabe der Stadt Burgdorf und vor allem wird es wieder unnötige Kosten verursachen. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-EDU-Fraktion den Auftrag ab.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man schon ein paar Mal gehört hat, die Stadt Burgdorf verfügt über ein vielfältiges und lebendiges Sport- und Bewegungsangebot. Zahlreiche Vereine leisten tagtäglich einen wichtigen Beitrag für die Gesundheit und die Integration. Dieses Engagement ist zentral für die Lebensqualität in der Stadt Burgdorf. Gleichzeitig stellt man fest, dass der Zugang zu diesen Angeboten nicht immer einfach ist. Gerade für neu zuziehende Familien, Jugendliche oder Personen ohne bestehenden Vereinskontakte ist es oft schwierig, einen Überblick über die vorhandenen Möglichkeiten zu erhalten. Die Informationen sind heute verstreut, unterschiedlich aktuell oder nur mit Aufwand auffindbar. Die Stadt Burgdorf verfügt zwar auf der Website über ein Vereinsverzeichnis, aber dort steht einfach der Vereinsname und der Link zur Website. Eine Bemerkung zum Votum von Stadträtin Kalbermatten Mirjam. Wie zuverlässig ChatGPT als Quelle ist, wissen heutzutage alle. Beim Sportfinder der Stadt Thun kann ausgefüllt werden, wie alt man ist, welche Interessen man hat, ob lieber drinnen oder draussen, ob man gerne mit einem Ball spielt, ob Mannschaftssport oder Einzelsport und noch vieles mehr. Genau dort soll eben der digitale Sportfinder ansetzen. Er schafft eine zentrale, niederschwellige und nutzerfreundliche Plattform, welche die bestehenden Angebote sichtbar macht und den Zugang erleichtert. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, die mögliche Synergien mit der bereits bestehenden Lösung in Thun. Dadurch ergibt sich auch für

Burgdorf eine klare Chance, statt eine Lösung von Grund auf neu zu entwickeln. Die Erfahrungen, die technischen Ansätze und die Erkenntnisse aus Thun können genutzt werden. Dies reduziert Entwicklungsrisiken, spart Ressourcen und erhöht die Wahrscheinlichkeit, rasch zu einer praxistauglichen Lösung zu kommen. Die SP-Fraktion ist deshalb überzeugt, der digitale Sportfinder ist ein verhältnismässig modernes und wirkungsvolles Angebot, welches einen echten Mehrwert für die Bevölkerung, die Verein und die Stadt Burgdorf schafft. Er stärkt die Sichtbarkeit des bestehenden Angebots, fördert die Teilnahme und nutzt gleichzeitig die Chance der Digitalisierung sinnvoll. Der SR wird gebeten, den Auftrag anzunehmen.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man den Auftrag unterstützt. Es ist eine gute und sinnvolle Idee, das Sport- und Bewegungsangebot von Burgdorf digital besser sichtbar und einfacher zugänglich zu machen. Die GLP-Fraktion hat das Thema in der Vergangenheit mit einer Interpellation zur App der Stadt Burgdorf auch schon gestreift. Damals sagte Stadtrat von Känel Ulrich zur städtischen Antwort gemäss Protokoll, dass sich die Stadt Burgdorf bei den Bürgerinnen und Bürger noch besser präsentieren und vernetzen kann. In diese Richtung geht auch der Auftrag. Wichtig ist aber, dass nicht einfach noch eine neue Einzellösung entsteht, sondern dass man prüft, wo man es so sinnvoll wie möglich in die neue Website- und Appstrategie der Stadt Burgdorf integrieren kann. Gerade für junge Leute ist es wichtig, dass Informationen zentral, mobil und einfach auffindbar sind. Deshalb unterstützt die GLP-Fraktion den Auftrag und begrüssen, dass der GR die Erfahrungen aus Thun abwartet und gleichzeitig eigene Möglichkeiten prüfen will.

Abstimmung

Annahme des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 31 Ja und 6 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag.

SRB: 2026-989 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag SVP-EDU-Fraktion betreffend Sport stärken – Burgdorf stärken: Aktualisierung des Sportleitbilds

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Ritter Michael teilt mit, dass der Auftrag vom GR zur Annahme empfohlen wird. Es wird verzichtet, zu betonen, dass die Arbeiten bereits begonnen haben. Man ist noch relativ in einem frühen Stadium, aber man hat begonnen. Bei diesem Geschäft wird man insbesondere durch die Sportkommission, welche eine Fachkommission ist, von zwei Mitgliedern, die ebenfalls Stadtratsmitglieder sind, entsprechend unterstützt. Der Titel erklärt auf den ersten Blick das Anliegen, aber es scheint wichtig zu betonen, und es dürfte mutmasslicherweise im Sinne des Auftrages sein, dass ein Leitbild einfach die oberste strategische Ebene eines Bereichs ist und manchmal ein wenig luftig. Es ist nicht so gemeint, dass man sich jetzt über Leitbilder lustig macht, aber ein Stück weit ist es wahrscheinlich. Gemäss Text im Auftrag, ist es auch den Fraktionen bewusst, da sie erwähnen, dass man auch zu konkreten Massnahmen für die Sportförderung schreiten sollte. Eine grosse Massnahme der Sportförderung ist die Förderung des Vereinssportes. Dies läuft mit der Basisförderung von Juniorinnen und Junioren. Das Geschäft hat Gemeinderat Ritter Michael von seinem Vorgänger übernommen. Es sind

kleine Justierungen nötig und auch möglich. Es ist aber grundsätzlich eine Erfolgsgeschichte und auch etwas, das ein wenig kostet. Man ist aber gut unterwegs. Die zweite Hauptbaustelle, und das Bild ist eigentlich ziemlich wörtlich zu nehmen, ist halt einfach die Sportinfrastruktur, die in einem völlig anderen Zusammenhang oder in einem anderen Traktandum heute bereits ein Thema war. Dort sind eigentlich die grössten Herausforderungen und auch die Kosten gross, wenn man dort investiert. Das ist absolut zwingend. Eine stark wachsende Stadt muss auch für ein attraktives Sportangebot schauen. Bezüglich der Infrastruktur ist man etwas beschränkt. Man ist dann froh und besonders darauf angewiesen, auch wenn es manchmal kritische Bemerkungen zur Finanzpolitik gibt, was richtig ist, dass bei der Sportinfrastruktur die Investitionen unterstützt werden. Diese sollen verhältnismässig und sinnvoll ausfallen. Es geht nicht um Luxusprojekte, aber vielleicht um Hallenböden mit Löchern. Der GR empfiehlt dem SR die Annahme des Auftrages.

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, verzichtet darauf, die Vereine nochmals zu huldigen und zu sagen, wie wichtig und gut sie für Burgdorf sind. Das hat man heute schon gehört. Es ist erfreulich, dass der GR den Auftrag zur Annahme empfiehlt und dem Sport in Burgdorf die entsprechende Beachtung schenkt. Das heutige Sportleitbild, das wir haben, ist aus dem Jahr 2010 und entspricht in vielen Bereichen nicht mehr ganz den aktuellen Bedürfnissen und der Entwicklung, die stattfindet. Gleichzeitig sieht man auch, dass die Anforderungen an die Vereine, die Infrastruktur und die Sportförderung stetig zunimmt. Deshalb braucht Burgdorf wieder klare, moderne und strategische Grundlagen für unsere Sportpolitik. Mit der Überweisung des Auftrages kommt dieser Prozess auch wieder auf die notwendige politische Unterstützung und Verbindlichkeit, nachdem es aus dem Legislaturziel herausgeflogen ist. Es ist aber auch wichtig darauf hinzuweisen, dass nicht nur schöne Leitsätze gebildet werden sollen, sondern wie auch erwähnt vom GR, dass man am Schluss zu konkreten Massnahmen schreitet, die dann im Sportkonzept verankert werden sollen.

Stadträtin von Känel Claudia, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass wie heute Abend schon ausführlich diskutiert, braucht die Stadt Burgdorf oder die Sportlerinnen und Sportler vor allem Infrastruktur. Diese Infrastruktur dient den Vereinen mehr oder sicher viel, nebst der finanziellen Förderung. Deshalb unterstützt die GLP-Fraktion auch ein Sportkonzept, das aber nicht einfach ein Leitbild mit grossen Phrasen sein soll, sondern eben konkrete Massnahmen mit einem Umsetzungsplan enthalten. Die GLP-Fraktion wird dem Antrag folgen und den Auftrag annehmen.

Abstimmung

Annahme des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag.

SRB: 2026-990 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag Jonas Lauwiner, König JL im Dienst für die Burgdorfer, betreffend Aufhebung Pissoirverzicht in Toiletten von Schulhausneubauten und -umbauten

Verhandlung

Stadtrat Greisler Yves, namens der GPK, teilt mit, dass man bei der Prüfung des vorliegenden Geschäfts festgestellt hat, dass die im Antrag thematisierten Punkte in der aktuellen Legislatur bereits

behandelt worden sind. Unabhängig von inhaltlichen Überlegungen widerspricht dies dem Demokratieverständnis der GPK, wenn man, nachdem ein Antrag abgelehnt wurde in derselben Legislatur mit einem nahezu identischen und nur leicht abgeänderten Antrag wieder in den SR gelangt. Zwar spricht gemäss dem Stadtratsreglement nichts dagegen, aber man empfiehlt, demokratische Entscheide zu respektieren. Die jahrelange gelebte Praxis im SR gibt es auch in Zukunft weiterzuführen. Im Endeffekt gilt es ausserdem zu beachten, dass mit diesem Vorgehen nur personelle und finanzielle Ressourcen unnötig beansprucht werden, wo sich die Diskussion im Rat wiederholt.

Seitens des GR erfolgen keine Bemerkungen.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass man in einer Demokratie lebt und da kann man immer etwas ändern. Es gab auch einmal Parkplätze auf dem Bundesplatz und diese wurden wieder entfernt. Man kann, wenn etwas die Gesellschaft stört, immer wieder aufgreifen. Stadtrat Lauwiner Jonas ist froh, dass es keine KZ mehr gibt. Da hat man irgendwann entschieden, dass verbrennen von Juden und das Ganze nicht gut ist. Es ist gut, dass die Menschen den demokratischen Entscheid gefällt haben, dass es nicht richtig ist. Man kann deshalb auch bei dem Pissoir eine entsprechende Entscheidung machen. Man hat herausgefunden, dass die Mehrheit, rund 95 Prozent der Knaben, das Pissoir als gutes Accessoire finden. Wer jetzt sagt, dass man keine Pissoirs braucht, ist wohl eine Frau. Es ist wichtig, dass man die Bedürfnisse der Nutzenden der Toiletten respektiert. Die Frauen möchten auch einen Abfalleimer für die gebrauchten Tampons und da ist man auch nicht dagegen.

Aus Protest zum Votum von Stadtrat Lauwiner Jonas verlassen Mitglieder der SP, Grüne und EVP den Saal.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass dies auch kein Demokratieverständnis ist. Es ist ein wichtiges Anliegen, dass man die Pissoirs weiterhin einbaut. Die Beweggründe, dass man Zuhause lernt auf der Toilette zu sitzen, ist nachvollziehbar, aber in öffentlichen Toiletten sitzt man ungern hin. Frauen benötigen zudem auch mehr Zeit auf der Toilette. Stadtrat Lauwiner Jonas ist nicht gegen Frauen, aber es gibt eine Frauentoilette und eine Männertoilette, was nicht falsch ist.

Stadtratspräsident Merz Adrian ermahnt zum mässigen Tonfall. Sein Votum ist an der Grenze. Es geht nicht darum, dass man Leute gegeneinander ausspielt, Sexismus bringt oder eine Nazikeule schwingt. Die GPK hat es richtig gesagt, der SR hat einen Entscheid gefällt und Stadtrat Lauwiner Jonas hat den gleichen Antrag wieder eingebracht.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass es um genderneutrale Toiletten ging und ein Abänderungsantrag eingereicht und angenommen wurde. Das ist etwas Neues. Es sollen Pissoirs wieder eingeführt werden. Es wird die namentliche Abstimmung beantragt, so kann jeder zu seinem Wort stehen. Im Namen des SR porträtiert ihn nicht.

Stadtrat Neuenschwander Beat, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man die Einschätzung der GPK teilt. Es ist politisch und demokratisch ein Unding. Die GLP-Fraktion wären eigentlich nicht gegen den Auftrag gewesen, aber nach dem vorgängigen Votum lehnt man diesen ab.

Stadtratspräsident Merz Adrian informiert, dass die Abstimmung unter Namensaufruf erfolgen kann, wenn ein Viertel der anwesenden Mitglieder des SR dies verlangen. Die Abstimmung unter Namensaufruf kann nicht von einem einzelnen Stadtratsmitglied verlangt werden. Der SR stimmt öffentlich ab. Alle Anwesenden sehen, wer wie abstimmt.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, verlangt, dass über die Abstimmung unter Namensaufruf abgestimmt wird.

Stadtratspräsident Merz Adrian informiert, dass dies nach der Debatte erfolgt.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man den Auftrag intensiv diskutiert hat. Aus Gründen, wie es die GPK erläutert hat, hat man den Auftrag nicht gut gefunden, aber als Ausnahme, weil es materiell Sinn macht, hätte man zustimmen können. Wie Stadtrat Neuenschwander Beat es bereits gesagt hat, kann nach dem Votum von Stadtrat Lauwiner Jonas nicht mehr zugestimmt werden. Stadtrat Schärf Philipp schätzt Stadtrat Lauwiner Jonas als Person, aber das Geschäft kann man nicht irgendwie mit dem KZ oder so vergleichen. Man ist offen für eine freie Redekultur, aber das Votum war sehr schwierig. Stadtrat Schärf Philipp möchte beliebt machen, falls es in Ordnung ist und weil das Geschäft polarisiert, dass der GR noch etwas dazu sagt.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass es in der Kompetenz des GR liegt, ob Pissoirs eingebaut werden oder nicht. Der Entscheid des SR spielt keine Rolle. Der Entscheid liegt beim GR. Die sanitären Infrastrukturen werden so gebaut, wie der GR das Gefühl hat es sei richtig. Zur Diskussion im SR äussert sich Stadtpräsident Berger Stefan nicht.

Abstimmung

Ordnungsantrag Abstimmung unter Namensaufruf

Beschluss

Der Stadtrat lehnt mit 1 Ja und 32 Nein Stimmen bei 5 Enthaltungen den Ordnungsantrag ab.

Abstimmung

Annahme des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt mit 12 Ja und 20 Nein Stimmen bei 6 Enthaltungen den Antrag ab.

SRB: 2026-991 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation Grüne-Fraktion betreffend gleichberechtigte Sichtbarkeit von Frauen im Burgdorfer Strassenbild

Verhandlung

Stadträtin Schlegel Johanna, namens der Grüne-Fraktion, dankt dem GR für die schnelle Beantwortung der Interpellation, aber die Unbefriedigtheit wird klar deponiert. Es ist erstaunlich, dass keine Chance-Risiko-Abwägung gemacht wurde. Es wurden nur Risiken dargestellt. Es gab keine Strategie, keine Vision und eben auch keine Ziele, wie man dieser Ungleichheit in Burgdorf begegnen will, die

andere Städte schon angepackt haben. Bern zum Beispiel sagt, seit dem Jahr 2021 will man die Strassen immer nach Frauen benennen, bis man 50 Prozent erreicht hat. Sie haben über 300 Strassennamen in der Stadt Bern. Ein Zeichen, dass eine Motion zum Thema eingereicht wird, ist, dass im letzten Abschnitt als die Hauptrisiken noch einmal aufgeführt wurden, nur von Anwohnern und Bürgern gesprochen wird. Das zeigt, dass noch viel an Sensibilisierung gegenüber den Frauen zu tun ist und deshalb wird eine entsprechende Motion eingereicht. Stadträtin Schlegel Johanna hat in Burgdorf die Augen offen gehalten und bereits ein paar Vorschläge, wie man damit umgehen könnte, ohne dass man die Kirchbergstrasse oder Lyssachstrasse anpasst. Die Grüne-Fraktion dankt für die schnelle Beantwortung, aber nicht für das inhaltliche.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme nicht befriedigt.

SRB: 2026-992 | Registratur-Nr. 1.7.1

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Die Mitte Burgdorf betreffend Teilrevision des Stadtratsreglements: Einmalige Einreichung gleichartiger parlamentarischer Vorstösse pro Legislatur
- Auftrag Fraktion Die Mitte betreffend finanzielle Gesamtübersicht über Unterhaltsstau, Investitionsbedarf und langfristige Infrastrukturfinanzierung der Stadt Burgdorf
- Dringliche überparteiliche Motion SVP/EDU-Fraktion, GLP-Fraktion, FDP-Fraktion, Die Mitte-Fraktion, Jonas Lauwiner betreffend Erweiterung der Sporthallen in Burgdorf (Das Stadtratsbüro lehnte die Dringlichkeit ab.)
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Schulraum Gyripark
- Interpellation Grünliberale Fraktion betreffend Rollstuhlgerechte Parkplätze (RPP) in der Stadt Burgdorf

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass Stadträtin Kuster Shana heute das letzte Mal an einer Stadtratssitzung teilnimmt. Sie wird in eine andere Gemeinde umziehen. Die FDP-Fraktion dankt ihr für ihr Engagement während zweieinhalb Jahren im SR, für die sie zum Wohle von Burgdorf politisiert hat, wie auch innerhalb der Fraktion. Es war auch immer das Votum und die Meinung einer Frau, das dadurch auch ein wenig ein anderes Gewicht hat. Sie hat mit ihrer Sichtweise die Fraktionssitzungen belebt und sehr bereichert. Sie wird sicher vermisst werden. Die FDP-Fraktion dankt ihr für alles, was sie geleistet hat, und wünscht ihr an ihrer neuen Wirkungsstätte, vor allem im neuen Zuhause, alles Gute und nur das Beste.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass noch eine weitere Demission und Verdankung vorliegt, nämlich die von Stadtrat Marti René per anfangs April. Er hat an der Märzszitzung das letzte Mal teilgenommen.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt Stadtrat Marti René für seinen Einsatz, für die gute Zusammenarbeit über alle die Jahre. Er hat sein Amt mit Engagement und Menschlichkeit geprägt. Für die Zukunft wünscht die SVP-EDU-Fraktion Marti René Gesundheit, Freude und ganz viele schöne Momente.

Stadtrat Dür Hermann bemerkt, dass an der heutigen Sitzung ein Traktandum diskutiert wurde, bei dem einzelne Mitglieder des GR stark meinungsbildend in die Diskussion eingreifen. In der Schweiz herrscht eigentlich das Prinzip der Gewaltentrennung, wo die Legislative diskutiert und sagt, was gemacht wird, und die Exekutive führt es aus. Es ist ein bisschen problematisch, wenn einzelne Mitglieder des GR meinungsbildend, selbstverständlich ausser ihrem eigenen Antrag, in die parlamentarische Diskussion eingreifen. Dies soll überdenkt werden. Die Gewaltentrennung ist ein wichtiges Prinzip, auch in unserem Betrieb hier.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, hat nicht erwartet, dass erwachsene Mitglieder des SR den Saal verlassen, wenn einer seine Meinung sagt. Das war kindisch. Zudem ist es schockierend, wenn jemand sein Stimmverhalten ändert, nachdem jemand sein Votum zu einem Thema gehalten hat, das die Bevölkerung betrifft. Eigentlich sollte der SR eine Meinung zum Thema haben und nicht nach einem Votum seine Meinung ändern. Das ist krass.

Stadtrat Käsermann Fabian teilt mit, dass er direkt angesprochen wurde. Er hat den Raum verlassen, weil man im SR auf Augenhöhe diskutieren kann. Mann muss nicht das eine Geschlecht unter der Gürtellinie angreifen.

Stadtratspräsident Merz Adrian dankt für die rege Teilnahme. Für den Schlummertrunk ist im Hotel Stadthaus reserviert.

Burgdorf, 3. Juni 2026

Namens des Stadtrates:



Adrian Merz
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi
Protokollführerin